

**Niederschrift über die 4. Sitzung des
Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen und Verkehr
der Stadt Ennigerloh am 14.02.2005**

- INHALTSVERZEICHNIS -

ÖFFENTLICHER TEIL

TOP	Beratungsgegenstand	Drucksachen-Nr.	Seite
1	Unterrichtung des Ausschusses über wichtige Angelegenheiten		3
2	Fragen von Einwohnern gem. § 24 Geschäftsordnung		4
3	Befangenheitserklärungen von Ausschussmitgliedern		4
4	Anträge / Anfragen an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen und Verkehr		4
5	Wohnbauflächenentwicklung Ennigerloh - Empfehlung zur Fassung eines Grundsatzentschlusses	Ö 108 / XIV	4
6	Verkehrsentwicklungskonzept Ennigerloh - Bericht über die Planung konkreter Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ansiedlung des Aldi-Marktes an der Ostenfelder Straße	Ö 26 / XIV N 2	5
7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Breslauer Straße“, Ennigerloh-Mitte - Beratung über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans	Ö 63 / XIV N 1	6
8	36. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich „Enniger-Ost“ - Beratung über die Aufstellung der 36. Änderung	Ö 93 / XIV N 1	6
9	Bebauungsplan Nr. 407 „Enniger-Ost“, Ennigerloh-Enniger - Beratung über die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplans	Ö 64 / XIV N 1	6
10	Änderung des Beb.-Plan Nr. 14 „Ostenfelder Straße“, Ennigerloh-Mitte - Empfehlung zum Aufstellungsbeschluss - Verzicht auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung - Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Planentwurfes	Ö 96 / XIV N 1	7
11	Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG Einsatz von mineralgebundenen Rückständen aus der Faserplattenproduktion, Anneliese Zementwerke AG, Finkenweg 26	Ö 106 / XIV	7

12	Haushaltsplanberatungen 2005	Ö 105 / XIV	8
13	Antrag zur Baumschutzsatzung - Antrag auf Fällung von 2 Kastanien an der Kapellenstraße 2	Ö 107 / XIV	9
14	Bauvoranfragen, Bauanträge und sonstige Anträge		10
15	Fragen von Ausschussmitgliedern gem. § 23 Geschäftsordnung		10
16	Fragen von Einwohnern gem. § 24 Geschäftsordnung		10

NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG:

TOP	Beratungsgegenstand	Drucksachen-Nr.	
			10
17	Unterrichtung des Ausschusses über wichtige Angelegenheiten		
18	Befangenheitserklärungen von Ausschussmitgliedern		10
19	Anträge / Anfragen an den Ausschuss für Stadtentwicklung Umwelt, Bauen und Verkehr		10
20	Vertragsangelegenheiten - Empfehlung zum Abschluss eines Durchführungsvertrages gemäß § 12 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Fahrsport-Trainings-zentrum Voßmar“, Ennigerloh-Westkirchen	NÖ 112 / XIV	11
21	Anfragen von Ausschussmitgliedern gem. § 3 Abs. 4 Geschäftsordnung		11

Die Anwesenheitsliste, die Bestandteil dieser Niederschrift ist, liegt als Anlage bei.
Beginn der Sitzung: 18.04 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende des Ausschusses die Ausschussmitglieder, die anwesenden Bürger und Bürgerinnen sowie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung sowie die Presse. Er entschuldigt den Bürgermeister, der später in die Sitzung kommen wird. Er stellt fest, dass die Einberufung dieser Sitzung ordnungs- und fristgemäß erfolgt ist und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Zum Protokoll der letzten Sitzung ergeben sich keine Einwendungen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung stellt Fr. Nienkemper den Antrag, den Tagesordnungspunkt (TOP)7 vor dem TOP 5 zu diskutieren.
Dieser Antrag wird mit 9 Nein und 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

ÖFFENTLICHER TEIL

1 Unterrichtung des Ausschusses über wichtige Angelegenheiten

1.1 Herr Holtmann Niehues berichtet, dass die Sackgassenbildung im Zuge der Ludwigstraße durch den Einbau von 2 Pollern durch den Kreis Warendorf am 01.02.2005 genehmigt worden ist.

1.2 Frau Holtmann Niehues teilt mit, dass die am Kompostwerk Warendorf angelieferte Biomüllqualität aus dem Stadtgebiet Ennigerloh im Kreisvergleich überdurchschnittlich sauber und der Biomüll mit relativ wenig Stör- und Fremdstoffen befrachtet war. Daher stellt das Kompostwerk Warendorf Reterra-Qualitätskompost zur Verteilung an die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Der Verteiltermin wird in der Presse bekannt gemacht, voraussichtlich der 5. März 2005 im Rahmen der Sondermüllabgabe am Bauhof.

1.3 Frau Holtmann Niehues teilt mit, dass zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit folgende Bäume gefällt werden müssen:

- 1 Weide hinter der Ludgerusschule,
- 1 Weide, 1 Eiche im Bereich Parkplatz Friedhof,
- 5 Birken in Enniger, Mozartweg,
- 1 Linde, 1 Obstbaum in Ostenfelde, Mühlenbach,

stark zurückgenommen werden:

- 1 Ahorn am Haus Elmstraße und
- 2 Kastanien im Bereich Betreutes Wohnen

Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzsatzung wurden erteilt für

- 1 Birke, Kapellenstr. 2
- 4 Eichen in Enniger, Börgerskamp

2 Fragen von Einwohnern gem. § 24 Geschäftsordnung

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

3 Befangenheitserklärungen von Ausschussmitgliedern

Frau Lutterbeck erklärt sich zu TOP 11 befangen, H. Aufderheide erklärt sich zu TOP 10 befangen, H. Theo Altena vertritt ihn zu diesem TOP.

4 Anträge / Anfragen an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen und Verkehr

Es werden unter diesem TOP keine Anträge gestellt.

5 Wohnbauflächenentwicklung Ennigerloh – Empfehlung zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses

18.15 erscheint H. Nasse, H. Emunds setzt sich in den Zuschauerraum.

Die CDU-Fraktion verteilt einen Antrag zu TOP 5. „Wohnbauflächenentwicklung Ennigerloh“. In diesem Antrag geht es in erster Linie um Vermarktungsstrategien für das Plangebiet Schleeberg.

Dieser Antrag wird nach ausführlicher Debatte einstimmig an den Hauptausschuss verwiesen.

Herr Riepe stellt die Verwaltungsvorlage vor und legt dar, dass aufgrund von Bevölkerungsentwicklung und dem derzeitigen großen Bestand an Wohnbauflächen weitere Baulandentwicklungen nicht vollzogen werden sollen, um sich nicht selbst Konkurrenz zu machen. Die Situation soll in 5 Jahren anhand aktueller Zahlen und Entwicklungen überprüft werden.

18.20 Herr Bürgermeister Lülff nimmt an der Sitzung teil.

Der Verwaltungsvorschlag wird ausführlich diskutiert, wobei sich die CDU dafür ausspricht, auch weiterhin Privatinitiative zu unterstützen und Verfahren, die bereits beantragt sind, weiterverfolgt werden sollen.

Die FWG-Fraktion gibt zu bedenken, dass ein solcher Grundsatzbeschluss ggfs. falsche Signale für die Innenstadtentwicklung setzen könnte, sieht aber die Notwendigkeit, Grundstücke im Bereich Schleeberg zu veräußern und daher bei weiterer Flächenausweisung Zurückhaltung zu üben.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion befürworten den Grundsatzbeschluss wie in der Vorlage dargestellt, sie fordern, einen Schnitt zu machen und die vorhandenen Flächen positiv zu bewerben anstatt, wie so oft, schlecht zu reden.

H. Bürgermeister Lülff weist darauf hin, dass eine Positionierung zur Sicherung des städt. Vermögens notwendig ist. Dies auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen, die u. a. Herr Dr. Hettenbach dargestellt hat. Nur durch einen Verzicht auf weitere Wohnbauflächenentwicklung sei das Ziel einer Werterhaltung öffentlichen Vermögens und städtischer Investitionen zu erreichen. Es sollte eine Konzentration auf gewerbliche Entwicklung, Attraktivierung des Standortes und Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur erfolgen. Ausschussmitglied Wagner legt dar, dass sich aufgrund der nachhaltigen Positionierung des Meinungsbildes der CDU die SPD-Fraktion im Aus-

schuss an der weiteren Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP nicht mehr beteiligen wird.

Über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussempfehlung, der ebenfalls in der Sitzung verteilt wurde, wird Punkt für Punkt getrennt abgestimmt.

Es ergeht folgender Beschluss:

Es wird dem Rat empfohlen:

- 1.) Der Rat beschließt neben den bereits planungsrechtlich abgesicherten neuen Wohnstandorten im Stadtgebiet bzw. den bereits im Aufstellungsverfahren befindlichen Baugebieten eine weitere städtebauliche Entwicklung vorerst nur im heutigen Bereich der geschlossenen Bebauung der einzelnen Ortsteile zuzulassen.
Mit 8 Ja-Stimmen beschlossen.
 - 2.) Antragsteller, die bereits Anträge zur Aufstellung bzw. Änderung von Bebauungsplänen eingereicht haben, genießen Vertrauensschutz.
Mit 8 Ja-Stimmen beschlossen.
 - 3.) Der Rat wird mit Ablauf von 5 Jahren die dann zur Verfügung stehenden aktuellen demographischen Daten aufbereiten, um seine Beschlussfassung zu 1) einer Überprüfung unterziehen zu können.
Mit 8 Ja-Stimmen beschlossen.
 - 4.) Der Rat beschließt, in jedem einzelnen Ortsteil in Ennigerloh die Entwicklung neuer Baugebiete erst dann weiter voranzutreiben, wenn nachweisbar 75% der Baugrundstücke in dieser Ortslage veräußert sind.
Mit 6 Ja und 2 Nein-Stimmen beschlossen.
- Punkt 4 der Verwaltungsvorlage wird mit 8 Ja-Stimmen ersatzlos gestrichen.
- 5.) Der Rat begrüßt und unterstützt ausdrücklich alle weiteren Maßnahmen zur Attraktivierung und Entwicklung des Wohnstandorts Ennigerloh.
Mit 8 Ja-Stimmen beschlossen.
 - 6.) Der Rat begrüßt und unterstützt weiterhin solche Vorhaben, die in städtebaulich angemessener Weise zur Schließung von Baulücken beitragen.
Mit 8 Ja-Stimmen beschlossen.

6 Verkehrsentwicklungskonzept Ennigerloh

- **Bericht über die Planung konkreter Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ansiedlung des Aldi-Marktes an der Ostfelder Straße**

Herr Wohlgethan berichtet, dass derzeit ein detaillierter Vorschlag zur Lösung der Verkehrsproblematik im Zusammenhang mit der Ansiedlung des ALDI-Marktes erarbeitet wird, der in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgestellt werden soll.

Von Seiten des Ausschusses wird angemerkt, dass eine Ziel- und Quellanalyse bereits mehrfach angemahnt wurde, diese soll weitere Hinweise zur Lösung der Verkehrsproblematik ergeben.

H. Wohlgethan sagt eine Beauftragung einer solchen Analyse zu.

7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Breslauer Straße“, Ennigerloh-Mitte
– **Beratung über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans**

Herr Riepe trägt vor, dass ein Antrag auf Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für ein Grundstück südlich der Breslauer Straße vorliegt.

Die SPD-Fraktion beantragt, das gesamte Gebiet zwischen Breslauer Str. und Ostenfelder Str. zu überplanen, ggfs. auch über die Ausweisung von Gewerbeflächen nachzudenken. Von den anderen Fraktionen wird die Privatinitiative, dort 5 weitere Wohnhäuser zu erstellen, begrüßt und befürchtet, dass eine weitere gewerbliche Nutzung an dieser Stelle die Verkehrsprobleme im Bereich Ostenfelder Str. noch verschärfen würde. Letztlich erfolgt folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Rat anhand der Drucksachen-Nr. Ö 63/XIV N1, die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Breslauer Straße“, Ennigerloh-Mitte, zu beschließen. Gegenstand der beantragten Planung ist die Schaffung von Wohnbauflächen. Der Geltungsbereich des beantragten vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist der beiliegenden Übersicht im Maßstab 1:5.000 zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis: 8Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Rates zu prüfen, ob das Grundstück Nr. 49, das dem in Rede stehenden Gebiet im Süden direkt angrenzt, mit erschlossen werden kann.

8 36. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich „Enniger-Ost“
Beratung über die Aufstellung der 36. Änderung

9 Bebauungsplan Nr. 407 „Enniger-Ost“, Ennigerloh-Enniger
– **Beratung über die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplans**

TOP 8 und TOP 9 werden gemeinsam beraten.

Herr Bürgermeister Lülff trägt vor, dass es sich bei diesem Bauvorhaben um einen Baulückenschluss handelt, der Eigentümer hat den Pachtvertrag nicht verlängert, wünscht eine Bebauung zur familiennahen Nutzung.

Im Rahmen der Diskussion werden folgende Fragen aufgeworfen, die zur nächsten Sitzung des Ausschusses zu klären sind:

Hat der Eigentümer der westlich angrenzenden Flächen Kenntnis von den Bauabsichten, wie kann dessen Fläche erschlossen werden?
Gestaltung der verbleibenden Spielfläche?

Die Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden auf die nächste Sitzung vertagt.

- 10 Änderung des Beb.-Plan Nr. 14 „Ostenfelder Straße“, Ennigerloh-Mitte**
- **Empfehlung zum Aufstellungsbeschluss**
 - **Verzicht auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung**
 - **Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Planentwurfes**

19.48 Uhr, Herr Aufderheide verlässt seinen Platz und nimmt auf der Zuschauertribüne Platz. H. Altena nimmt nun an der Sitzung teil

Herr Riepe trägt den Sachverhalt vor. Er weist darauf hin, dass es sich auch hier um eine Baulückenschließung handelt und eine zügige Abwicklung des Verfahrens eine Bebauung sicherstellen kann. Es bestehen konkrete Bauabsichten, der ehemals geplante Spielplatz wurde nie realisiert, in der Nähe befinden sich ausreichende Spielmöglichkeiten.

H. Tenhumberg weist darauf hin, dass die Stadt Ennigerloh in Bezug auf Ausstattung mit Spielplätzen landesweit an der Spitze liegt.

Es ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat anhand der Drucksachennummer Ö 96/XIV N1 die Aufstellung der vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 14 „Ostenfelder Straße“, Ennigerloh-Mitte. Gegenstand der Änderung ist die Rücknahme der Festsetzung „Grünfläche, Zweckbestimmung Spielplatz“ zu Gunsten der Festsetzung „Wohnbaufläche“. Der Geltungsbereich der Änderung ist dem beiliegenden Übersichtsplan zu entnehmen.

Gemäß § 3 (1) BauGB kann auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung verzichtet werden, wenn sich die Änderung nicht oder nur unwesentlich auf das Plangebiet auswirkt. Der Spielplatz wurde zwar als „öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Spielplatz“ festgesetzt, aber bis heute nicht realisiert. Auf die frühzeitige Bürgerbeteiligung wird dementsprechend verzichtet. Weiterhin beschließt der Ausschuss vorbehaltlich des Aufstellungsbeschlusses durch den Rat bereits die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes.

Anmerkung der Schriftführerin:

Zur Frage der Vertretungsregelung wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

- 11 Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG**
- **Einsatz von mineralgebundenen Rückständen aus der Faserplattenproduktion, Anneliese Zementwerke AG, Finkenweg 26**

Frau Holtmann Niehues trägt den Sachverhalt vor, es ergeht folgender einstimmiger

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen und Verkehr erteilt das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB zum Genehmigungsantrag auf den Einsatz von mineralgebundenen Rückständen aus der Faserplattenproduktion als Einsatzstoff im Kalksteinbrecher und auf die Erhöhung der Einsatzmenge für Brennwertstoffe in der Primärfeuerung des Drehofens im Werk Ennigerloh der Anneliese Zementwerke AG, wie in der Drucksache Ö 106/XIV dargestellt.

12 Haushaltsplanberatungen 2005

H. Wildemann verteilt eine Tabelle zur Eintragung veränderter Haushaltsansätze, eine Zusammenstellung der im Ausschuss beratenen Veränderungen liegt dem Protokoll als Anlage bei.

HHST: 1100.2600

Frau Nienkemper fragt an, wie weit der Ansatz 10 000 € „Einnahmen aus Verwaltungs- und Bußgeldern OWI“ realistisch ist. Herr Bürgermeister Lülf erklärt, dass in 2004 das Ziel zu 46% erfüllt werden konnte, er hofft auf eine höhere Erfüllung in 2005.

HHST: 6100.6561 (Planungskosten B 475 Süd)

zusätzliche Einstellung von je 10 000 € in 2005 und 2006
Beschuß: 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

HHST: 6700.6380 Stromkosten und Unterhaltung Straßenbeleuchtung

Herr Nienkemper bittet zu prüfen, in wie weit Kosten durch teilweise Abschaltung der Straßenlaternen eingespart werden könnten. (z. B. In den späten Abendstunden jede zweite aus, Komplettabschaltung zu bestimmten Zeiten, o. ä.)

HHST: 7900.6301 Kosten Weihnachtsbeleuchtung

Frau Nienkemper fragt an, warum der Ansatz für 2005 auf 15 000 € erhöht wurde. H. Wildemann teilt dazu mit, dass, bedingt durch die Kostenrechnung mit den Technischen Diensten und eine erhöht notwendig werdende Ersatzbeschaffung ein erhöhter Ansatz erfolgt ist. H. Wagner erklärt, dass es in den Ortsteilen Unmut darüber gäbe, dass die Weihnachtsbeleuchtung in Ennigerloh durch Mitarbeiter des Bauhofes montiert werde, in den Ortteilen nach wie vor die Vereine Eigenleistung erbringen müssten.

H. Bürgermeister Lülf erklärt, dass solcher Unmut an ihn herangetragen werden solle, um im Gespräch einvernehmliche und vernünftige Lösungen zu erzielen. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass ggfs. über ein verbessertes Stadtmarketing und Sponsorengewinnung eine Einnahmeverbesserung in diesem Haushaltsbereich erzielt werden könnte.

HHST: 7911.5711

Ansatz soll ersatzlos gestrichen werden, da keine Teilnahme am Wettbewerb: NRW macht Platz stattfindet.

HHST: 2200.9400: Umbau Realschule

H. Bürgermeister Lülf teilt dazu mit, dass der erste Bauabschnitt zu Ende geführt wird, derzeit aber weitere Bauabschnitte aus haushaltswirtschaftlicher Sicht nicht in Angriff genommen werden können. Der Ausbau kann modular erfolgen, so dass jederzeit eine Erweiterung stattfinden kann, so sie erforderlich und finanzierbar ist.

HHST: 3600.9402 Sanierung Denkmal Ennigerloh: Ansatz soll so bleiben

HHST: 3410.9400 Sanierung Mühle Ennigerloh : Ansatz soll so bleiben,

HHST: 6200.9880 Förderprogramm nachhaltige Siedlungsentwicklung:

Ansatz verringert, da kaum Nachfrage nach Fördergeldern

HHST: 6340.9503 Ausbau Altcappenbergstraße

Der Endausbau in der bislang vorgesehenen Form soll entfallen, dazu muss aber der B-Plan der tatsächlich vorgefundenen Situation angepasst werden. Dann kann eine Abrechnung erfolgen, die die Einnahmesituation in diesem Unterabschnitt des Haushaltsplanes verbessern könnte. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Hauptausschuss weitere Informationen zur Einnahmesituation vorzulegen.

HHST: 6310.9520 Sanierung Fußweg Cardijnstraße

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass in diesem Ansatz die Anlage eines Zebrastreifens sowie eine Fahrbahneinengung einbezogen sind.

HHST: 6310.9518 Gehweg Ostenfelder Str.

Hier ist eine Verpflichtungsermächtigung über 60 000 € eingetragen, hierbei handelt es sich um die Herrichtung eines beiderseitigen Geh- und Radweges im Bereich des neu zu errichtenden Discounters.

HHST: 6310.9562 Ausbau Dahler Geist

Hier beantragt die CDU, die 75 000 € in 2008 zu streichen, der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen angenommen.

HHST: 6310.9524 Verbindung Ostenfelder Str./Oelder Str.

Hier sollen je 10 000 € Planungskosten nach 2005 und 2006 vorgezogen werden. Die Einordnung in die Systematik (Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt) soll zum Hauptausschuss geklärt werden, darüber hinaus soll eine Differenzierung der 76 000 € vorgelegt werden.

Der Antrag wird mit 8Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen angenommen.

Für die Sanierung der Straße Neumarkt werden 40 000 € vorgesehen, die HHST muss noch eingerichtet werden.

HHST: 6330.9516 Umbau Ortseingang Ostenstraße

Diese Maßnahme wird nach 2006 geschoben.

Die beantragte **Querungshilfe an der Hoetmarer Str.** in Westkirchen, veranschlagt mit 30 000 €, soll in den Haushaltsplan 2005 eingestellt werden.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stellplätze vor dem Discounter in Westkirchen.

Dieser Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen abgelehnt.

HHST: 6340.9503 Ausbau Altcappenbergstraße

Ein weiterer Ausbau ist hier nicht mehr vorgesehen. Daher entfällt auch die entsprechende Beleuchtungshaushaltsstelle.

Dieser Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und einer Enthaltung angenommen.

HHST: 6710.9613 Auf Nachfrage teilt Herr Wohlgethan mit, dass die Anlieger auf eine bessere Ausleuchtung in diesem Bereich drängen.

HHST: 6320.9506 Ausbau Enniger Nord-Ost

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass dieser Ausbau in 2005 vorgesehen ist, die Maßnahme kann ggfs. über Haushaltsreste auch in 2006 weitergeführt werden.

21.45 H. Bürgermeister Lülff verlässt die Sitzung.

13 Antrag zur Baumschutzsatzung

- Antrag auf Fällung von 2 Kastanien an der Kapellenstraße 2

Beschluss:

Die Verwaltung schlägt vor, wie in der Drucksache Ö 107/XIV dargestellt, die beiden Bäume stark zurückzuschneiden, hier insbesondere den entlang der Fassade weit herausragenden Ast zurückzunehmen, um den Stamm deutlich zu entlasten. Darüber hinaus soll das umgebende Pflaster aufgenommen und neu verlegt werden. Eine Standsicherheit kann so zunächst weitestgehend sichergestellt werden.

Frau Holtmann Niehues trägt anhand der Vorlage den Sachverhalt vor, der Ausschuss beschließt mit 9 Ja-Simmen und 2 Enthaltungen, wie dargestellt, zu verfahren.

14 Bauvoranfragen, Bauanträge und sonstige Anträge

Es erfolgt kein Bericht.

15 Fragen von Ausschussmitgliedern gem. § 23 Geschäftsordnung

15.1 H. Aufderheide fragt an, warum ein Stromkasten in der Sprunggrube der Jakobus-Schule installiert wurde. Die Verwaltung teilt mit, dass der Stromkasten für die Stromversorgung des „Betreuten Wohnens“ zwingend notwendig war und der Standort mit der Schulleitung abgestimmt war. Es soll geprüft werden, ob eine neue Sprunggrube errichtet werden kann und wann die Schäden auf dem Schulhof behoben werden können.

15.2 H. Nahrman teilt mit, dass im Bereich des Fußweges am Stavernbusch Totholz ausgebrochen ist und im Baum hängt. Er bittet um Beseitigung. Die Verwaltung sagt umgehende Erledigung zu.

15.3 Frau Nienkemper fragt an, wann das Ortschild Westkirchen Richtung Ennigerloh versetzt wird. Die Verwaltung teilt dazu mit, dass die Versetzung beantragt wird.

15.4 Frau Nienkemper fragt an, ob zu Beginn diesen Jahren wieder eine Übersicht der anstehenden Bauleitplanverfahren erstellt und vorgelegt wird. Die Verwaltung sagt dieses zu.

16 Fragen von Einwohnern gem. § 24 Geschäftsordnung

Es werden keine Fragen gestellt.

22.02 Uhr Ende des öffentlichen Teils

NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG:

...

Herr Tenhumberg bedankt sich bei den Anwesenden und schließt um 22.06 die Sitzung.

gez.
Tenhumberg
Ausschussvorsitzender

gez.
Barbara Holtmann Niehues
Schriftführerin